

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.19 - 66. Jahrgang

17. September 2016

## Ausstellung: Der Vorwärts wird 140

Am 1. Oktober wird der „vorwärts“, die Zeitung der deutschen Sozialdemokratie, 140 Jahre alt. Sie feiert das Jubiläum mit einer Ausstellung „to go“ im Willy-Brandt-Haus. Das Besondere: Die Besucher können die Plakate zur bewegten Geschichte des „vorwärts“ mitnehmen. Die Ausstellung ist vom 27. September bis 9. Oktober außer montags zwischen 12 und 18 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei, ein Ausweis für den Einlass erforderlich.

Eröffnet wird die Ausstellung mit einer Geburtstagsfeier am 26. September um 18 Uhr. SPD-Schatzmeister Dietmar Nietan, „Frankfurter Rundschau“-Chefredakteurin Bascha Mika, der Medienforscher Jens Lucht und „vorwärts“-Chefredakteurin Karin Nink diskutieren über „Medien in Zeiten der Krisen“ - und stoßen danach mit den Gästen auf die nächsten 140 Jahre „vorwärts“ an.

Wer mitfeiern möchte, kann sich hier anmelden: [vorwaerts.de/140](http://vorwaerts.de/140)



Wahl:

## Entscheidender Sonntag

SPD: Drei Kreuze für eine stabile und verlässliche Regierung

Die letzten 48 Stunden des Wahlkampfes will die SPD noch einmal besonders intensiv nutzen: Nach der Kundgebung auf dem Winterfeldtmarkt am Freitagabend folgen eine Vielzahl von Wahlkampfaktionen in allen Bezirken. „Es geht um viel für unsere Stadt“, so der Regierende Bürgermeister Michael Müller. Er kämpft weiter für eine stabile und verlässliche Regierung mit einer starken SPD.

Mit Frank-Walter Steinmeier und Hamburgs Ersten Bürgermeister Olaf Scholz sind am Freitag noch einmal prominente Unterstützer in den Berliner Wahlkampf gezogen, der anschließend noch lange fortgesetzt wurde, etwa mit den Touren von Kandidatinnen und Kandidaten und Unterstützerteams von Michael Müller durch das nächtliche Berlin. Am heutigen Sonntagabend ist die SPD in allen Bezirken an den Infoständen zu finden.

Die SPD wirbt um alle drei Stimmen: Viele Wahlkreise sind diesmal hart umkämpft, nur wenige Erststimmen mehr könnten den Ausschlag geben. Die Zahl der Zweit-



Unterwegs im Wahlkampf: der Regierende Bürgermeister Michael Müller. Foto: Horb

stimmen entscheidet über die Möglichkeit, mit einer starken SPD eine handlungsfähige Regierung zu bilden. Nicht weniger entscheidend ist aber die Stimme für die Bezirkswahlen: Für die Arbeit in den Bezirken, so warnte Michael Müller, hätte es „spürbare Konsequenzen“, wenn AfD-Kandidaten Stadtratsposten besetzen und damit Personal und Millionenbudgets zu verwalten hätten.

siehe auch S. 3 und 8

## CETA bleibt strittig

Berliner SPD ruft zur Großdemonstration an diesem Sonntag auf

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Gestaltungsmöglichkeiten beim CETA-Abkommen nutzen und das Handelsabkommen im parlamentarischen Verfahren kritisch, aber konstruktiv prüfen und begleiten. Die Berliner SPD hat in einem Beschluss ihre Ablehnung des Abkommens bekräftigt und zur heutigen Demonstration aufgerufen.

CETA ist nach Experteneinschätzung ein gemischtes Abkommen, das sowohl von der EU als auch von allen ihren Mitgliedsstaaten beschlossen werden muss. Der EU ist zwar die klassische Außenhandelspolitik übertragen worden, aber CETA, als bisher umfassendstes Abkommen, geht deutlich darüber hinaus. Es erfasst auch Berei-

che, etwa den Schutz von Portfolioinvestitionen, die in nationaler Zuständigkeit liegen. Eine vorläufige Anwendung des Ab-

### IN DIESER AUSGABE:

EUROPA UND DIE FEUERWAFFEN	S. 2
RECHTSPÖPULISMUS ENTGEGENTRETEN	S. 8
STOLPERSTEIN FÜR GEORG OBST	S. 12
BERLINER CHÖRE: JEDE STIMME ZÄHLT	S. 16

kommens, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, käme deshalb nach Ansicht der SPD-Bundestagsfraktion nur eingeschränkt in Frage. Der SPD-Parteikonvent befasst sich am kommenden Montag in Wolfsburg mit den Freihandelsabkommen. **mehr auf Seite 10**

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

# Kontrollen verstärken

## Neue Regeln für mehr Sicherheit bei legalen Feuerwaffen

In einem Anfang September 2016 verabschiedeten Beschluss fordert die SPD-Bundestagsfraktion einheitliche, strenge europäische Standards beim Waffenrecht und greift damit ein wichtiges Thema auf, das uns auch im Europäischen Parlament derzeit beschäftigt. Im Juli 2016 hat der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz unter Mitwirkung des Innenausschusses, in dem ich tätig bin, eine Reform der europäischen Feuerwaffen-Richtlinie auf den Weg gebracht.

Die Feuerwaffen-Richtlinie regelt, unter welchen Bedingungen Privatpersonen legal Feuerwaffen kaufen, besitzen oder in ein anderes EU-Land verbringen können. Ende 2015 hatte die Europäische Kommission einen lange geplanten Reformvorschlag kurz nach den schrecklichen Anschlägen von Paris vorgelegt und ihn damit in einen Zusammenhang mit Terrorismus und organisierter Kriminalität gebracht. Ein sehr unglückliches Vorgehen, denn das eigentliche Problem im Hinblick auf organisierte Kriminalität oder terroristischer Aktivitäten ist der illegale Waffenhandel in Europa.

Wir haben daher im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens Wert darauf gelegt, dass die Reform der Feuerwaffen-Richtlinie nicht darauf abzielen darf, ausgebildeten Jägern oder Sportschützen die Verwendung von Feuerwaffen grundsätzlich zu verbieten. Es soll vielmehr erreicht werden, dass ausschließlich verantwortungsbewusste Jäger oder Sportschützen Zugang zu ordnungsgemäß registrierten Feuerwaffen erhalten, die sicher verwahrt sind.



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europaabgeordnete und Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin.

Foto: Europäisches Parlament

Bisher existieren keine europaweiten Mindeststandards für die sichere Aufbewahrung von Waffen und Munition. In Zukunft sollen daher die EU-Mitgliedstaaten dafür zu sorgen, dass Waffenbesitzer Waffen und Munition vor unbefugtem Zugriff sichern, wie es beispielsweise in Deutschland bereits der Fall ist. Dies vor dem Hintergrund, dass laut Schengen-Informationssystem fast eine halbe Million Waffen in der EU als verloren oder gestohlen verzeichnet sind, ein Großteil davon zivile Feuerwaffen.

Wir Europaabgeordneten fordern zugleich, dass zukünftig alle wesentlichen Bestandteile einer Waffe gekennzeichnet und registriert werden. Dann könnten Sicherheitsbehörden leichter zurückverfolgen, woher einzelne Teile einer Waffe

stammen. Dies kann einen wichtigen Beitrag bei der Verfolgung und Aufklärung von Straftaten leisten.

Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass die Mitgliedstaaten den Handel von Feuerwaffen, Waffenteilen und Munition im Internet strenger kontrollieren. Der Verkauf sollte nur dann realisiert werden können, wenn eine staatliche Behörde oder ein autorisierter Waffenhändler zuvor die Identität eines Käufers sowie dessen Erlaubnis zum Besitz einer Waffe zweifelsfrei feststellt.

Eine weitere Forderung des Parlaments betrifft Waffen, die zu Schreckschusswaffen umgewandelt wurden. Diese sollen im Gegensatz zu bisher der EU-Feuerwaffenrichtlinie unterliegen und im Waffenregister eingetragen bleiben. So soll verhindert werden, dass diese wieder zurück in scharfe Waffen umgewandelt werden können, die dann nicht mehr registriert wären. Diese Umwandlung, so belegt der wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments in einer Studie, stellt in vielen EU-Mitgliedstaaten ein großes Problem dar.

Außerdem setzt sich das Parlament dafür ein, den Informationsaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten deutlich zu verbessern. Nationale Behörden sollen nun Informationen über Genehmigungen sowie versagte Genehmigungen für den Gebrauch von Schusswaffen über ein neues Informationssystem elektronisch untereinander austauschen.

Nun beginnen die Verhandlungen zwischen Vertretern von Parlament, Rat und Kommission über den endgültigen Gesetztext. Eine Einigung kann einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der allgemeinen Sicherheit in der EU leisten. Um aber organisierte Kriminalität und Terrorismus zu bekämpfen, muss endlich dem illegalen Waffen- und Sprengstoffhandel der Gar aus gemacht werden. Wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament drängen daher darauf, dass die Europäische Kommission hier alsbald konkrete Vorschläge vorlegt.

Sylvia-Yvonne Kaufmann □

Finanzen:

## Erbschaftssteuer gerecht regeln

### Müller: Auch Unternehmen müssen ihren Beitrag leisten

**Für ein langfristig tragfähiges und gerechtes Erbschaftssteuergesetz in Deutschland hat sich der Regierende Bürgermeister Michael Müller eingesetzt.**

„Ich will, dass wir dazu kommen, dass die Steuerlast wieder gerechter auf alle Schultern verteilt wird, auch auf die der Unternehmenserben“, sagte Müller. „Es kann nicht sein, dass jemand den vollen Steuersatz zahlt, wenn er von einem Freund ein Haus vererbt bekommt, aber wenn er zehn Häuser erbt und sie gewerblich vermietet, keinen Beitrag zum Allgemeinwohl über Steuern leisten muss.“

Wenn Menschen das als ungerecht empfinden, kann ich das verstehen.“

Müller forderte von Seiten der Unternehmen einen Beitrag zur Solidargemeinschaft: „Hohe Erbschaften müssen ihren Beitrag leisten, wenn es um die Finanzierung von Bildung, Infrastruktur und Rechtsstaat geht. Das ist im Interesse aller: der Unternehmen, der Bürgerinnen und Bürger und auch des Staates, der für ein funktionierendes Gemeinwesen sorgen muss.“ Im Vermittlungsausschuss des Bundesrates muss bis Ende September eine Regelung gefunden werden, die dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entspricht. **PM** □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin

**Verlag:** wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

# „Wer Müller will, muss SPD wählen“

## Wahlkampf im Schlussspurt - Vielzahl von Veranstaltungen und Informationsangeboten

**Wahlkampf - das sind unzählige Begegnungen jeden Tag. Treffen mit Menschen, Gespräche an vielen verschiedenen Orten.**

Am S-Bahnhof Friedenau grüßt frühmorgens Dilek Kolat mit einem Stapel Flyern, in Mitte ist Jan Stöß tagtäglich vor verschiedenen Einkaufszentren zu finden, Björn Eggert hat an den verschiedensten Orten Kreuzbergs morgendliche Infostände - wie schon seit zweieinhalb Jahren. Enrico Stölzel zieht am Abend durch die Raucherkneipen in Hellersdorf, Raed Saleh lädt in Spandauer Cafés ein. Mit Carolina Böhm konnte man auf den Teufelsberg klettern, mit Franziska Becker und Reinhard Nauermann auf einen literarischen Spaziergang durch Wilmersdorf gehen.

Die SPD-Kandidatinnen und Kandidaten haben unterschiedliche Mittel und Formate, um ins Gespräch zu kommen und sichtbar zu sein. Astrid Hollmann in Mitte und Severin Höhmann in Prenzlauer Berg sind mit ihren Fahrrädern im Wahlkampf unterwegs, in Lichtenberg hat Birgit Monteiro nicht nur die Unterstützung ihrer Genossinnen und Genossen - auch der Wilmersdorfer Hans Buchholz, der nicht der SPD angehört, hat sein Fahrrad mit Plakaten geschmückt und fährt mit ihren Flyern durch den Kiez. Und der Lichtenberger Filmregisseur, Drehbuchautor, Schauspieler und Produzent Axel Ranisch hat mit Birgit Monteiro kleine, ehrliche Videoclips gedreht, die auf ihrer Internetseite zu sehen sind.

Bewährte Orte der Begegnung sind auch die Sommerfeste, weil die SPD sie nicht nur im Wahlkampf organisiert. Beim alljährlichen Fest auf der Familienfarm Lübars, beim Lietzenseefest oder Wartburgplatzfest finden sich stets auch Stadtteilinitiativen und Kiezprojekte ein. Gleich mehrere Kinderfeste organisierte die SPD Dahlem.



Unterstützung für die Kandidatinnen Dilek Kolat und Astrid Hollmann: Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz und Michael Müller.

Und für politisch Interessierte gab es im Bali-Kino eine eigene kleine Filmreihe mit Diskussionen zu rot-grün-roten Themen.

900.000 Briefe Michael Müllers mit dem Aufruf, zur Wahl zu gehen, hat die Post in den vergangenen Tagen an alle Berlinerinnen und Berliner mit Tagespost zustellen lassen. Zusammen mehr als eine Million Exemplare haben die drei Ausgaben des Berliner Stadtblatts erreicht.

Vor dem Gesundbrunnen-Center und



Wahlkampf am Gesundbrunnen mit Christian Hanke, Spd-Generalsekretärin Katarina Barley und Abgeordnetenhauskandidatin Maja Lasic.

Foto: Heiko Hanschke

## U18-Wahl: SPD auf Platz 1

### Jugendliche zeigen sich wenig anfällig für die AfD

**Bei der U18-Wahl, bei der junge Berlinerinnen und Berliner gut eine Woche vor der eigentlichen Abgeordnetenhauswahl ihre Wahlentscheidung dokumentieren können, kam die SPD mit 5852 Stimmen (24,36 %) auf Platz 1. Knapp 25.000 Jugendliche beteiligten sich.**

Zugleich zeigten sich die U18-Wählerinnen und Wähler weitgehend immun gegenüber rechtsradikalen Parteien. Die NPD erhielt 336 Stimmen (1,40 %), pro Deutschland kam auf 145 Stimmen (0,60 %), und

auch die AfD erreichte mit 880 Stimmen nur 3,66 %.

Auf den zweiten Platz nach der SPD kommen mit 5125 Stimmen (21,33 %) die Grünen. Es folgen mit Abstand die CDU (3490 Stimmen, 14,53 %) und die DIE LINKE (2515 Stimmen, 10,47 %).

Ginge es nach den jungen Berlinerinnen und Berlinern wäre auch die Tierschutzpartei (8,67 %) im Abgeordnetenhaus vertreten. Sie schneidet bei U18-Wahlen regelmäßig besser ab. Eine zweite Chance bekommen auch die Piraten (6,28 %). **BS** □



Severin Höhmann, SPD-Kandidat im südlichen Prenzlauer Berg, ist mit seinem fahrbaren Infostand unterwegs.

Fotos: Horb

den Gropiuspassagen hat Michael Müller in dieser Woche seine Reihe „Müller treffen!“ fortgesetzt.

Dort gab es die wesentlichen Informationen auch noch einmal in einer visitenkartengroßen Kurzfassung: Berlin bleibt mit der SPD bezahlbar, der Boom auf dem Arbeitsmarkt wird erhalten, es gibt mehr Polizistinnen und Polizisten und mehr Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Bildung ist bald vollständig gebührenfrei. Aber vor allem: Berlin bleibt weltoffen. „Wir stehen für eine Stadt, in der das Gemeinwohl zählt und nicht die Interessen Einzelner“, verspricht die SPD auf ihrer Pledgcard. **uh** □

## „Schöne Party“ mit DJ Buchholz

**Die „Schöne Party“ von RadioEins ist seit Jahren legendär. Am heutigen Vorabend der Wahl gibt es ein Wahl-Special der Party. Vier Abgeordnete verschiedener Parteien legen nacheinander Musik auf - und die tanzenden Gäste entscheiden, wer weitermachen darf. Für die SPD steht der Spandauer Abgeordnete Daniel Buchholz als DJ an den Turntables.**

Buchholz: „Seit Jahren ist das Kult-Ereignis von RadioEins legendär. Oft mit Kulturprogramm oder Motto-Schwerpunkten, immer aber mit Musik verschiedener Stile und Zeiten auf vier Floors.“ Der Applaus der tanzenden Gäste entscheidet über den ‚DJ-Battle‘ auf der Bühne fern des Parlamentssaales. Mit Daniel Buchholz konkurrieren Stefan Evers (CDU), Katrin Schmidberger (Grüne) und Klaus Lederer (Linke). Buchholz: „Für mich ein echtes Highlight und Finale des Wahlkampfs, denn ich tanze leidenschaftlich gern.“ Einlass zur „Schönen Party“ ist ab 21 Uhr in der „Kalkscheune“, Kalkscheunenstr. 4-5 (hinter Friedrichstadtplazast), 10117 Berlin-Mitte. **PM** □

Wirtschaft:

# Zeit für Arbeit und Familie

IT-Unternehmen Projektron zeigt, dass die Vereinbarkeit funktionieren kann

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist schon länger ein sozialesdemokratisches Anliegen. In Berlin zeigt eine Firma, wie das gehen kann - auch ohne staatliche Unterstützung. SPD-Spitzenkandidat Michael Müller und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel zeigten sich nach einem Besuch beim Softwareentwickler Projektron angetan von der dortigen Praxis.

Die Software des Unternehmens mit Sitz in der Charlottenstraße dient der Projektplanung. Arbeitsabläufe werden geplant, Ressourcen, Termine. Eine gute Planung der Betriebsabläufe sorgt auch bei Projektron selbst dafür, dass eine größtmögliche Flexibilität für alle Lebenslagen möglich ist. Egal ob Schwangerschaft und Kindererziehung oder eine berufliche Auszeit, um vier Monate durch Australien zu reisen - flexible Arbeitszeiten für die mehr als 90 Beschäftigten machen es möglich. Mit 40 Prozent weiblichen Beschäftigten hat Projektron einen in der Branche besonders hohen Anteil. Geschäftsführer Maik Dorl: „Ich denke, dass ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis wichtig für eine gute Atmosphäre im Unternehmen und den langfristigen Erfolg ist.“

Projektron, 2001 gegründet, wurde in diesem Jahr als familienfreundlichstes Unternehmen in der Kategorie 21 - 250 Mitarbeiter prämiert. Mit dem Titel „Unternehmen für Familie“ zeichnet der Berliner Beirat für Familienfragen gemeinsam mit der IHK Berlin, der Handwerkskammer Berlin, dem DGB Bezirk Berlin-Brandenburg und den Unternehmensverbänden Berlin-Brandenburg familienfreundliche Unternehmen aus. Dazu tragen auch viele gemeinsame innerbetriebliche Veranstaltungen bei. Fast die Hälfte aller Beschäftigten arbeitet in Teilzeit. Auch für Führungskräfte ist das möglich. Und es gibt nach einer Babypause keinen Karriereknick, erläuterte einer der Abteilungsleiter. Kommt es während der Teilzeittätigkeit zu Überstunden, so werden diese bezahlt, so Geschäftsführer Maik Dorl. Seit 2003 bildet Projektron aus.

Sigmar Gabriel wies auf das von Bundesfamilienministerin Schwesig in die Diskussion gebrachte Modell einer Familienzeit hin, bei der eine Reduzierung der Arbeitszeit mit staatlicher Unterstützung möglich werden könnte. Projektron zeigt, wie wichtig diese Modelle sind. Hier stehen die Gründer und Eigentümer des Unternehmens hinter dem Konzept und die Löhne lassen Reduzierungen der Arbeitszeit zu. Aber auch das Unternehmen selbst profi-



Michael Müller und Sigmar Gabriel beim Besuch des Softwareanbieters Projektron in Berlin-Mitte.  
Foto: Ulrich Horb

tiert von der geringen Fluktuation der Beschäftigten und dem guten Arbeitsklima. Denn die dringend benötigten Fachkräfte bleiben dem Unternehmen erhalten. Dennoch werden nicht in allen Betrieben solche Ideen verfolgt.

Der Standort Berlin, so wurde es Michael



Geschäftsführer Maik Dorl erläuterte die Unternehmensentwicklung und das Konzept für Familienfreundlichkeit.  
Foto: Ulrich Horb

Müller bescheinigt, sei für ein Unternehmen wie Projektron hervorragend geeignet. Das liegt an den universitären Einrichtungen, aber auch daran, dass hier ausreichend Fachkräfte zu finden sind. Auch viele Kunden von Projektron würden überlegen, sich in Berlin anzusiedeln. **uh** □

Energie:

## Sonnige Zeiten

Stadtwerke können bereits 20.000 Haushalte versorgen

**Für Sonnenenergie vom Dach sorgen die Berliner Stadtwerke jetzt bei den Mieterinnen und Mietern der GESOBAU im Pankeviertel. Auf den Dächern mehrerer Wohngebäude sind neue Mieterstrom-Anlagen entstanden. Kunden können allerdings alle Berlinerinnen und Berliner werden.**

Im vergangenen Herbst wurden bereits in der benachbarten Rolandstraße Anlagen zur Stromerzeugung in Betrieb genommen, auch im Hellersdorfer Rathausviertel ist eine Photovoltaikanlage installiert. „Mit diesem neuen Projekt können wir weiteren Berlinern ein so ökologisches wie preislich attraktives Angebot unterbreiten“, sagt Stadtwerke-Geschäftsführer Andreas Irmer. An der Rolandstraße sei bereits ein Viertel der GESOBAU-Mieter von den Vorteilen des Stroms vom eigenen Dach überzeugt.

Im Juli wurden zusätzlich zwei Windräder erworben, die bei Sputendorf im Süden Berlins auf einem Gelände der Berliner Stadtgüter stehen und 10.000 Haushalte versorgen können.

Die Gründung der Berliner Stadtwerke geht auf eine Initiative der SPD-Fraktion zurück, die wieder einen kommunalen Anbieter im Energiebereich haben möchte und die Strom- und Gasnetze in städtisches Eigentum überführen will. Der derzeit mit



Die beiden neuen Windenergieanlagen der Berliner Stadtwerke können 10.000 Berliner Haushalte mit regionalem Ökostrom versorgen.  
Foto: Berliner Stadtwerke/Reiner Freese

Windrädern und Solaranlagen erzeugte Strom der Stadtwerke reicht bereits für 20.000 Haushalte.

Der Arbeitspreis liegt derzeit bei 24,60 Cent pro Kilowattstunde, der Grundpreis bei 7,95 Euro, beim Mieterstrom mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach bei 5,95 Euro. **BS** □

➔ Mehr Informationen im Internet: <http://www.berlinerstadtwerke.de>

Dragonerareal:

# Erster Zugriff für die Kommune

## Cansel Kiziltepe: Spekulation mit Bundesimmobilien verhindern

**Der Verkauf des Dragoner-Areals mitten in Kreuzberg an einen Investor zum spekulativen Höchstpreis war für alle, die für den sozialen Wohnungsbau in Berlin kämpfen, ein echter Schock. Ich habe seitdem unzählige Gespräche auf Bundes- und Landesebene geführt und für eine Rückabwicklung des Verkaufs an den österreichischen Investor geworben. Der erste Erfolg war die Weigerung des Finanzausschusses des Bundesrats – angestoßen durch unseren Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen – dem Verkauf zuzustimmen.**

Die Hängepartie um das Dragoner-Areal hat wieder verdeutlicht, wie notwendig eine substanzielle Änderung der Liegenschaftspolitik des Bundes ist. Der Konflikt um das Dragoner-Areal hat bundesweit Aufmerksamkeit auf sich gezogen und gemeinsam mit den Mitstreiter/innen der Landes- und Bundesebene wurde die SPD-Spitze von der Dringlichkeit überzeugt



Das Dragonerareal ist ein Gelände hinter dem Finanzamt Kreuzberg am Mehringdamm.

Foto: Horb

und ein entsprechender BImA-Beschluss von der SPD-Bundestagsfraktion gefasst: Künftig soll es nach dem Willen der Fraktion bei Verkäufen durch die Bundesanstalt

für Immobilienaufgaben (BImA) ein kommunales Erstzugriffsrecht zum Verkehrswert geben. Im Gegenzug muss sich die Kommune verpflichten, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Der Vorschlag soll noch in dieser Legislatur umgesetzt werden.

Das ist ein klarer Schritt nach vorn, aber auch ein Kompromissangebot an die Union. Denn in Anbetracht des großen Mangels an bezahlbaren Wohnungen wäre es noch besser gewesen, Verkäufe an Kommunen auch unter dem Verkehrswert zuzulassen. Dies lehnen CDU und CSU sowie insbesondere Bundesfinanzminister Schäuble noch strikt ab.

Der Verkauf von Bundesimmobilien zu einem tragfähigen Preis an Kommunen und gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften war einst ein Kernelement sozialdemokratischer Wohnungsbaupolitik. Unter Bundeskanzler Willy Brandt wurde dieses Prinzip sogar in Gesetzesform gegossen, um Rechtssicherheit zu schaffen. Im Zuge der Konsolidierungspolitik am Ende der Ära Schmidt wurde das Gesetz 1982 leider wieder abgeschafft.

Der Kampf um das Dragoner-Areal geht weiter. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion lehne ich alle Versuche von Finanzminister Schäuble ab, das Mitspracherecht der Länder bei Immobilienverkäufen durch die BImA abzuschaffen. Insbesondere Schäubles Versuch, diese Frage mit den Kosten der Flüchtlingsunterbringung zu vermischen, ist sowohl politisch als auch moralisch inakzeptabel.

**Cansel Kiziltepe** □

## Wohnungsspekulation verteuert sich

**Ausländische Großinvestoren, die mit Wohnungen spekulieren, sollen eine höhere Grunderwerbssteuer zahlen. Eine entsprechende Initiative will die SPD auf Bundesebene einbringen, kündigte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller jetzt an.**

Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen betonte, dass die Stadt ausländische Investoren damit nicht verschrecken wolle. Sie sollen allerdings zum Bauen animiert werden. Inzwischen kommen 68 Prozent aller Immobilienkäufer aus dem Ausland, vor sieben Jahren waren es gerade 14 Prozent. Spekulativer An- und Verkauf verteuert aber das Wohnen in der Stadt. Die Lösung, die nun den Finanzministern der Ländern vorgelegt werden soll, sieht eine Öffnungsklausel bei der Grunderwerbssteuer vor, die es Kommunen erlauben würde, die Steuer dem jeweiligen Fall entsprechend anzupassen.

Unterbinden möchte die SPD auch die zunehmende Praxis von Unternehmen, die Grunderwerbssteuer zu umgehen. Dabei werden die Grundstücke nicht direkt verkauft, sondern in Firmen gebündelt. Werden dann die Firmen verkauft, gibt es bei den Grundstücken formal keinen Eigentümerwechsel. Über den Bundesrat möchte die SPD nun bei solchen Geschäften die letzten Gesetzeslücken schließen. **BS** □

## Für innere und soziale Sicherheit sorgen

**Auf dem Berliner Landeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft im Beamtenbund hat Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller dafür geworben, innere und soziale Sicherheit zusammenzudenken.**

Müller dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei und der Ordnungsdienstleistungen für ihre sehr gute Arbeit. „Auch wenn es unter den Sparzwängen der Vergangenheit nicht immer einfach war, verdanken wir den Kolleginnen und Kollegen, dass Berlin eine sichere Stadt ist, die keine No-Go-Areas kennt und in der sich jeder frei bewegen kann.“

Müller betonte, „die Verunsicherung vieler Bürgerinnen und Bürger angesichts sich gehäuft ereignender Terrorakte, internationaler Krisen, von Fluchtbewegungen sowie schnelllebigere Veränderungen müssen wir ernst nehmen und etwas dagegen tun“. Das gelinge nicht mit den einfachen Rezepten von Rechtspopulisten. „Wir brauchen ein umfassendes Sicherheitsverständnis. Sicherheit ist mehr als Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Sicherheit bedeutet auch Schutz vor sozialem Abstieg, vor Arbeitslosigkeit und Armut. Wir müssen innere und soziale Sicherheit zusammendenken. Dazu gehört aber auch, dass wir investieren.“ Das betreffe Personal und Ausstattung, so Müller. **BS** □

Protestaktion:

## Demonstration für Selbstbestimmung

**Wenn am heutigen 17. September christliche Fundamentalist\*innen in Berlin mit dem „Marsch für das Leben“ gegen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und die Möglichkeit zum legalen Schwangerschaftsabbruch demonstrieren, will ein Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung Gegenproteste organisieren.**

Dem Bündnis gehören u.a. Jusos, Falken, ASF, der Humanistische Verband LSVD und Pro Familia an. Treffpunkt der Gegenveranstaltung „Für sexuelle Selbstbestimmung“ ist 13.30 Uhr am Brandenburger Tor. Nach der dort abgehaltenen Kundgebung führt der Weg Richtung Alexanderplatz. **BS** □

Versorgung:

## Banken auf dem Rückzug

Daniel Buchholz fordert Gemeinschaftsfilialen

**Während sich in den Einkaufszentren die Angebote konzentrieren, verschwinden immer mehr Einrichtungen an den Stadträndern. Nach den Postfilialen sind nun auch die Banken an der Reihe. Der Spandauer SPD-Abgeordnete Daniel Buchholz ruft sie jetzt dazu auf, Gemeinschaftsfilialen einzurichten.**

„Die Banken haben ein großes Problem“, so Daniel Buchholz. „In Zeiten von Internet und Smartphone kommen weniger Kunden in die Filialen und die Zinsen sind niedrig. Um Kosten zu sparen ist der Ausweg immer gleich: Es werden Zweigstellen geschlossen. Aktuell ist es die Deutsche Bank, die im Laufe des Jahres 2017 allein in Berlin 43 Filialen schließen will. Das ist mehr als jede vierte Filiale, die die Deutsche Bank und ihre Tochter Berliner Bank in der Stadt noch haben.“

Allein in Spandau sind vier Filialen betroffen. Ganze Stadtteile sind inzwischen ohne Bankfilialen. Gerade für viele ältere Menschen sei das eine Zumutung, meint Buchholz. „Die angekündigten Bank-Schließungen in den Spandauer Kiezen Wilhelmstadt und Siemensstadt reißen für die Kunden nicht hinnehmbare Lücken in der Nahversorgung“, so der SPD-Abgeordnete. „Der Verweis auf eine Filiale in der weit entfernten Spandauer Altstadt oder Call-Center ist kein Ersatz. Gerade viele ältere Kunden ohne Zugang zum Internet brauchen einen persönlichen Ansprechpartner und Service vor Ort.“

Buchholz appelliert jetzt an die Bankvorstände, moderne Gemeinschaftsfilialen zu eröffnen, die sich mehrere Institute teilen, um die Kosten deutlich zu senken und



Daniel Buchholz fordert die Banken auf, Gemeinschaftsfilialen zu schaffen.

Foto: Joachim Gern /SPD Berlin

die Nahversorgung zu sichern. Daniel Buchholz: „Das klingt zwar zunächst utopisch, ist aber eine bedenkenswerte Alternative zum einfalllosen Schließen von Filialen.“

Im Spandauer Ortsteil Haselhorst mit mehr als 10.000 Einwohnern sind in den letzten Jahren alle Bankfilialen geschlossen worden. Erst durch Proteste und regelmäßige Kiez-Versammlungen konnte Buchholz gemeinsam mit dem Spandauer SPD-Bundestagsabgeordneten Swen Schulz erreichen, dass es zumindest wieder eine Post-Partnerfiliale gibt. Aber selbst hier weigern sich die Manager aus ‚wirtschaftlichen Gründen‘, ein Serviceterminal (Kontoauszugsdrucker) einzubauen - trotz 600 gesammelter Unterschriften. Buchholz: „Mehr Ignoranz gegenüber Kunden geht kaum!“ **PM/BS** □

## Kinderbetreuung bei den Eltern

**Bildungssenatorin Sandra Scheeres hat in dieser Woche den neuen mobilen Kinderbetreuungsservice (MoKiS) gestartet.**

Mit ihm wird der Senat Eltern und Alleinerziehenden mit außergewöhnlichen Arbeitszeiten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern. MoKiS ist eine Erweiterung des bestehenden Systems der ergänzenden Kindertagespflege, wobei es darum geht, dass Tagespflegepersonen die Kinder, beispielsweise in Abendstunden oder am Wochenende, im Haushalt der Eltern betreuen. Die MoKiS-Servicestelle startete am Mittwoch mit dem Aufbau eines Pools an Tagespflegepersonen, die diese Betreuungsleistung erbringen werden.

## Berliner Bildung im Aufbruch

**Es sei nicht nur ein „persönlicher Aufbruch“, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller bei der Begrüßung der neuen Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher, auch Berlins Bildung sei im Aufbruch begriffen.**

„Berlin hat lange nicht so viele Menschen eingestellt“, so Müller. „In der ablaufenden Legislaturperiode waren es über 10.000 neue Lehrkräfte. Bis 2018/19 werden rund 22.000 zusätzliche Schulplätze finanziert und realisiert worden sein.“ Ab 2018/19 wird die gesamte Bildungskette in Berlin beitragsfrei sein – von der Kita über die Schule bis zur Universität, die Kapazitäten für Grundschulpädagogik seien vervierfacht worden. **BS** □

## Spurensuche in Kaliningrad

**Auf eine fotografische Spurensuche nach dem alten Königsberg im heutigen Kaliningrad hat sich der Fotograf Dmitry Vyshemirsky begeben. Noch bis zum 30. September zeigt das August Bebel Institut seine Arbeiten in der Galerie, Müllerstr. 163, 13353 Berlin.**

Die Schwarz-Weiß-Aufnahmen zeigen eine Stadt, die geprägt wurde von Krieg, Umsiedlung und Wiederaufbau, sie rücken Zerfall und Umbrüche in den Blick. Obwohl nur sehr wenige (deutsche) Königsberger\*innen nach der letzten Ausweisungswelle 1948 in dem sowjetischen Kaliningrad blieben, blieb die deutsche Stadt in der sowjetischen präsent. Heute drohen sogar die Spuren von 45 Jahren Geschichte der Sowjetunion aus dem Gedächtnis der Stadt zu verschwinden. Die Fotografien von Dmitry Vyshemirsky zeigen Kaliningrad in allen diesen Widersprüchen. Die Langzeit-Foto-Dokumentation „Königsberg, Verzeih“ (pictorica publishing, 240 S. 39,80 Euro) ist auch als Bildband erschienen.

Begleitet wird die Ausstellung von weiteren Veranstaltungen:

**Russland nach der Wahl.** Am 18. September wählt das russische Volk ein neues Parlament. Ändern solche Wahlen im heutigen Russland etwas? Gibt es auch in Zukunft unabhängige Politiker\*innen? Wer steht hinter den politischen Kräften, die nicht Putin unterstützen? Welche unabhängigen demokratischen Bewegungen gibt es?

➡ Do 22. September 2016, 19–21 Uhr. Mit: Dmitri Stratievski (Politologe und Historiker, Stellv. Vorsitzender des Osteuropa-Zentrums Berlin e.V.).

**Finissage der Ausstellung.** Bezirksbürgermeisterin Birgit Monteiro berichtet über die Partnerschaft ihres Heimatbezirks Lichtenberg mit Kaliningrad.

➡ Fr 30. September 2016, 19–21 Uhr. Mit: Dmitry Vyshemirsky (Künstler), Alexandra Goloborodko (Kuratorin)



Fotograf Dmitry Vyshemirsky: Noch bis zum 30. September sind seine Arbeiten in einer Ausstellung des August Bebel Instituts in der Galerie in der Müllerstr. 163 zu sehen. Foto: Horb

Pankow:

## Blick auf eine stürmische Welt

Frank-Walter Steinmeier im Gespräch mit Klaus Mindrup

„Außenpolitik in stürmischen Zeiten“ war das Thema der Diskussionsveranstaltung, zu der Pankows Bundestagsabgeordneter Klaus Mindrup Dr. Frank-Walter Steinmeier am 3. September ins Zeiss-Großplanetarium eingeladen hatte.

Dass die Welt aus den Fugen geraten zu sein scheint, führte unser Bundesaußenminister beispielhaft an verschiedenen Krisen in der Welt aus. Er forderte einen Neustart der Rüstungskontrolle: So seien einerseits die bestehenden Abkommen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle in den letzten Jahren völlig erodiert. Andererseits gäbe es seither neue Realitäten und er nahm dabei auf Rußland Bezug: „Wir sehen neue militärische Strategien, neue Technologien, Drohnen oder Cyber-Angriffe, die alle nicht in den alten Abkommen erfasst sind. Das heißt: Wenn wir die Dinge laufen lassen, dann droht ein neues, gefährliches Wettrüsten zwischen Rußland und dem Westen - und von so etwas kann niemand gewinnen, sondern werden beide Seiten am Ende verlieren! Wir müssen doch zumindest versuchen, Brücken zu bauen, auch über die Gräben zu Rußland hinweg. Willy Brandt hat es uns vorgemacht. Ob es uns heute gelingt, ist ungewiss. Aber es schon deshalb nicht zu versuchen, ist verantwortungslos!“

Dr. Frank-Walter Steinmeier wies an verschiedenen Beispielen wie Libyen oder Iran auf seine Lösungswege hin: Mit Geduld und Beharrlichkeit bringt er international Konfliktparteien zusammen. Einlader



Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier diskutierte in Pankow mit Klaus Mindrup über Außenpolitik in stürmischen Zeiten.

Foto: Neumann

Klaus Mindrup wies aus seinem Politikbereich auf den Durchbruch beim Pariser Klimagipfel hin und zog den Bogen zu Pankow: Er erinnerte an die damaligen Konflikte um die Moschee Heinersdorf und das heutige zivilgesellschaftliche Engagement vor Ort und hob die Arbeit des von ihm initiierten Pankower Runden Tisch „Arbeit, Ausbildung, Integration“ hervor.

Aus dem Plenum wurde die Haltung zu Rüstungsexporten, die Armenienresolution, der Syrienkonflikt oder Migrationsursachen thematisiert. Nach der Veranstaltung im Kinosaal ging es für die Besucher in die Kuppel. Dort führte Planetariumsleiter Tim Florian Horn das gerade wiedereröffnete Haus in einer beeindruckenden 3-D-Visualisierung als modernes Wissenschaftstheater vor.

Max Neumann □



Zahlreiche Gäste aus der Berliner Justiz folgten am 12. September 2016 der Einladung der ASJ Berlin zur Veranstaltung „Bürgerrechte und transparente Justiz“ im Willy-Brandt-Haus. Christian Oestmann, Landesvorsitzender der ASJ Berlin, begrüßte die Gäste und machte deutlich, dass Rechts- und Justizpolitik zusammen gehören und dass sich die ASJ als Motor und Impulsgeber für eine sozialdemokratische Rechtspolitik versteht. Bundesminister Heiko Maas gab einem Überblick über die rechts- und justizpolitischen Reformen, die die SPD in der Koalition bereits auf den Weg gebracht hat und betonte, dass auch die Justiz einen wichtigen Beitrag für die soziale und innere Sicherheit leistet.

Foto: ASJ Berlin

August Bebel Institut:

## Die Geschichte von Ida Altmann

Das August Bebel Institut stellt eine wichtige Persönlichkeit in der Geschichte der Sozialen Bewegungen vor: Ida Altmann (1862 - 1935) - Gewerkschafterin, Sozialdemokratin, Freidenkerin in der Partei August Bebels und erste Leiterin des Arbeiterinnensekretariates der Freien Gewerkschaften.

Von 1890 bis 1912 engagierte sie sich gleichzeitig als Jugendlehrerin und Vorstandsmitglied der Freireligiösen Gemeinde Berlin, als Vertrauensperson und Rednerin in der SPD, als Mitglied der Textilarbeitergewerkschaft, im Frauenagitationskomitee und in der Generalkommission der Freien Gewerkschaften.

PM □

➔ Do 29. September, 19-21 Uhr, mit Gisela Losseff-Tillmanns, Anmeldung: 4692 121 oder anmeldung@august-bebel-institut.de

## FRAKTION INTERN

**Letzte Plenarsitzung der 17. Wahlperiode.** SPD-Fraktionschef Raed Saleh hat auf der letzten Plenarsitzung eine positive Bilanz der Regierungsarbeit der letzten fünf Jahre gezogen.

So sei der Bildungsetat über eine Milliarde Euro gestiegen, die Zahl der Wohnungen in Landesbesitz um mehr als 30.000. Die Wasserbetriebe wurden zurückgekauft. Die Abschaffung der Kitagebühren sei ein Erfolg der Koalition.

Saleh kritisierte die Grünen, die an den Gebühren festhalten wollen: „Wer Grün wählt, wird abkassiert“. In der Innenpolitik nannte Saleh Erfolge wie 600 neue Stellen bei der Polizei. Zugleich ging er auf Distanz zur Amtsführung des Innensenators, dem Symbole wichtiger seien als Entscheidungen. Hauptaufgabe der nächsten Legislatur sei es, die Spaltung der Stadt zu verhindern, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende. „Selbst Normalverdiener haben mittlerweile Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden“, so Saleh, der sich erneut zu dem Ziel bekannte, 100.000 weitere Wohnungen in Landesbesitz zu bringen.

Er kündigte an, dass die SPD-Fraktion die Bedarfsprüfung bei Kita und Hort, die Abschaffung der Hortgebühren und die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit sowie das kostenlose Schulesen anstrebe. Mit Blick auf den erstarkenden Rechtspopulismus sagte Raed Saleh, demokratische Parteien könnten „grundsätzlich zusammenarbeiten. Eine Zusammenarbeit mit den Feinden von Demokratie und Freiheit verbietet sich selbstverständlich.“

**Schulgeld von ErzieherInnen und AltenpflegerInnen wird übernommen.** Die Ausbildung ist erstmals für alle SchülerInnen auch an Einrichtungen freier Träger kostenfrei. Die Sprecherin der SPD-Fraktion für berufliche Bildung, Franziska Becker, und der Sprecher für Jugend und Familie, Björn Eggert sagen: „Zukünftig gibt es keine finanziellen Hürden mehr, diesen Beruf zu ergreifen. Gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher sind essentiell für eine gute Betreuung der Kinder.“

Die stellv. Fraktionsvorsitzende und sozial- und seniorenpolitische Sprecherin Ulker Radziwill betont: „Die Abschaffung des Schulgeldes in der Altenpflege-Ausbildung war uns ein wichtiges Anliegen, um den Pflege-Beruf attraktiver zu gestalten und den Fachkräftenachwuchs zu fördern.“ Zur Zeit gibt es rund 112.500 pflegebedürftige Berlinerinnen und Berliner, bis 2030 werden es rund 170.000 Menschen sein. Im Bereich der pflegerischen Versorgung wird es zu einem erheblichen Fachkräftebedarf kommen.

ff / cs □

## Bündnis für ein weltoffenes Berlin

**In Berlin hat sich ein „Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin“ gegründet.**

Initiatoren sind die evangelische und die katholische Kirche, der DGB Berlin-Brandenburg und die Diakonie Berlin-Brandenburg. Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion leben in Berlin zusammen. Mit großer Sorge erfüllt die Bündnispartner die Tatsache, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen das Thema Flucht und Migration derzeit nutzen, um Feindseligkeit zu schüren und die freiheitlich-demokratische Ordnung in Frage zu stellen. **PM** □

## Aktion „Dein Kreuz ohne Haken“

**Unter dem Motto „Dein Kreuz ohne Haken“ hat die Arbeiterwohlfahrt Berlin eine Kampagne gestartet. Geworben wird für „Demokratie ohne Alternative“.**

In einem Faltblatt hat die Arbeiterwohlfahrt wesentliche Forderungen der AfD zu den verschiedenen gesellschaftspolitischen Bereichen zusammengefasst und fordert dazu auf, die eigenen Positionen damit zu vergleichen. So will die AfD das Renteneintrittsalter erhöhen und den Länderfinanzausgleich zu Lasten Berlins überarbeiten, das Abtreibungsrecht verschärfen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk privatisieren und zum dreigliedrigen Schulsystem zurückkehren. Der Rat der AWO: „Überlass es nicht anderen, dir vorzuschreiben, wie du zu leben hast. Bringe Dich ein, sag Deine Meinung! Dein Kreuz ohne Haken macht den Unterschied.“

Der Landesverband der Arbeiterwohlfahrt Berlin beteiligt sich zudem an der Initiative „Berliner Frauen\* gegen AfD“. Bunte Tücher hängen an den unterschiedlichsten Orten der Stadt aus Fenstern oder von Balkons herunter – dies ist Teil der Kampagne zu den Abgeordnetenhaus- und Bezirksversammlungswahlen der Initiative „Berliner Frauen\* gegen AfD“. „Mit den bunten Tüchern bekennen wir Farbe und setzen ein Zeichen gegen die ausgrenzende homophobe, rassistische und antifeministische Propaganda der AfD!“, so Ute Kumpf, Landesvorsitzende der Berliner AWO. „Die Partei vertritt ein längst überholtes Frauenbild, in der Frauen wieder in Stereotypen als Hausfrau und Mutter gedrängt werden. Wir haben den Anspruch der Gleichberechtigung der Geschlechter im Grundgesetz verankert. Nur das kann die Basis unserer demokratischen Gesellschaft sein“, so Kumpf. **BS/PM** □

# Fakten werden ignoriert

Rechtspopulisten setzen auf Stimmungsmache

**„Haltung zeigen“ Diese Aufforderung erneuerte SPD-Spitzenkandidat Michael Müller beim Filmabend „Für ein weltoffenes Berlin im Kino Babylon am vergangenen Montag.“**

Bevor der Film „Wir sind jung. Wir sind stark.“ anlief, der die ausländerfeindlichen Übergriffe von Rostock-Lichtenhagen 1992 thematisiert, diskutierten Schauspieler Axel Pape, Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller, die Sozialwissenschaftlerin Prof. Dr. Naika Foroutan und Bundesjustizminister Heiko Maas über das aktuelle Erstarken fremdenfeindlicher und rechtsradikaler Tendenzen. Für Schauspieler Axel Pape war dies ein Grund, gerade jetzt in die SPD einzutreten und sich zu engagieren. Heiko Maas betonte, ein Rollback zum Nationalstaat sei vollkommen ungeeignet für die Lösung der aktuellen Probleme: „Man kann kein Problem mehr national lösen.“

Integration müsse man wollen und begleiten, so Michael Müller. Das zu erhalten sei ihm wichtig. Er rief dazu auf, gemeinsam „zu bewahren, was unser Zusammenleben ausmacht“. Sorgen mache es ihm, wenn - wie bei der Diskussionsveranstaltung einer Tageszeitung wenige Tage zuvor - in einem Saal etwa 50 AfD-Anhänger saßen, von denen Zwischenrufe wie „Deutschland den Deutschen“ kämen, und die anderen 200 Anwesenden sich dies widerspruchslos gefallen ließen. Man müsse man aufstehen und widersprechen.

Prof. Dr. Naika Foroutan wies darauf hin, wie schwierig es sei, mit Fakten heute noch Menschen zu erreichen. Wo es Flüchtlinge gebe und ein Kennenlernen möglich sei, werde viel genommen von den Ängsten. Die besten Wahlergebnisse erzielten die Rechtsextremen und Populi-



Michael Müller und Moderatorin Verena Papke beim Filmabend für ein weltoffenes Berlin im Kino Babylon.

sten dort, wo die wenigsten Probleme sind. So wies Naika Foroutan darauf hin, dass 95 Prozent aller Menschen mit ausländischen Wurzeln in den westlichen Bundesländern leben.

Durch das Internet könne jeder seine Realität so bauen wie er will, stellte Axel Pape fest. Menschen seien verunsichert, selten habe es eine so turbulente Zeit gegeben. Angesichts dessen wollten sich viele auf ihre „Scholle“ zurückziehen. Als Fehler in der Flüchtlingsfrage bezeichnete es Pape, dass nach der richtigen Entscheidung zur Aufnahme der in Ungarn gestrandeten Flüchtlinge, die „Menschen in einem Informationsvakuum“ gelassen wurde. „Dann kann man auch Leuten Angst machen, die keinen Anlass dafür hätten.“

Begegnungen nehmen Ängste, stellte auch Michael Müller fest. „Die soziale Durchmischung zu erhalten ist das große Thema.“ Dazu werde das Mietwohnungsangebot ausgebaut, es würden kleine, dezentrale Strukturen geschaffen. Schon jetzt sei es gelungen, 20 der 60 genutzten Turnhallen frei zu ziehen. **uh** □

## AfD weit offen für rechte Kräfte

**Mit bewussten Tabuverletzungen öffnet sich die AfD weiter nach rechts. Dazu gehört auch, dass die Bundesvorsitzende Petry den Begriff „völkisch“ wieder salonfähig machen will.**

Zwar gibt sich der Berliner Landesverband der AfD bürgerlich. Im Inneren sieht es anders aus. Wie er mit Geflüchteten umgehen will, sagt der Steglitz-Zehlendorfer AfD-Kandidat Andreas Wild: „Bereits in Deutschland lebende Menschen können wir derweil in spärlich besiedelte Landstriche Deutschlands bringen und sie dort geschützt unterbringen. Dafür genügen ein paar Quadratkilometer Heide.“ Der Verein „apabiz“ nennt ihn und zahlreiche weitere Kandidaten im Zusammenhang mit dem

rechten Netzwerk der AfD. Dazu wird auch der Lichtenberger Kay Nerstheimer gerechnet, der sich für Belange der Sportschützen („Leistungsträger unserer Gesellschaft, das resultiert schon aus den Kosten des Hobbys“) einsetzt. Privater Waffenbesitz solle nicht „fast diktatorisch“ behindert werden, fordert er auf Abgeordnetenwatch.de. Zur Bekräftigung hat er ein Zitat von George Washington ausgesucht: „Ein freies Volk muß nicht nur bewaffnet und diszipliniert sein. Es sollte vielmehr so ausreichend mit Waffen und Munition ausgerüstet sein, daß es jederzeit seine Unabhängigkeit gegen jedermann verteidigen kann, der es zu mißbrauchen versucht. Das schließt insbesondere die eigene Regierung ein.“ **uh** □



Rechtsradikalismus:

# Als die „Reps“ vier Stadträte stellten

Ende der achtziger Jahre gab es schon einmal massive Ausländerfeindlichkeit

**Verdrängungen gibt es vielfach; aber es ist notwendig, an manche Realitäten und Geschehnisse zu erinnern, sonst gibt es Legendenbildungen.**

Ende der achtziger Jahre waren in Westberlin (und in der alten Bundesrepublik) Zeiten massiver Ausländerfeindlichkeit und starker Aktivitäten von Neonazis. Besonders gefährlich war die Situation in den Trabanten-Siedlungen Märkisches Viertel und Gropiusstadt. Wer erinnert sich noch daran, dass an Hitlers (100.) Geburtstag, dem 20. April 1989, Schüler mit migrantischem Hintergrund kaum zur Schule gingen aus Angst vor rechter Gewalt?

Und die gab es in der Tat. Ausländisch aussehende Jugendliche nutzten in dieser Zeit nicht die Geisterstrecken der U-Bahn, die über Alex oder Friedrichstraße unter Ostberlin fuhren - aus Angst vor Nazi-Übergriffen auf der langen Fahrt ohne Halt. Aber auch anderswo war es gefährlich. Florian von den Dahlemer Falken wurde am Dahlemer Breitenbachplatz von Nazis zusammengeschlagen, der „Wannsee-Sturm“ terrorisierte den Südwesten.

An besagtem 20. April 1989 versammelte sich z.B. die Zehlendorfer Antifa im JU-SO-Laden zum Schutz vor Übergriffen der Nazis. Es herrschte absolute Panik im Stadtbild. Melder fuhren herum zwischen den linken Treffpunkten. Zum Glück geschah nichts.

Diese rechte Stimmung war überall in der Bundesrepublik präsent. Ausdruck dieser rechten Bewegungen in Berlin war eine politische Partei, „die Republikaner“ („die REP“), die es bei der Abgeordnetenhauswahl am 29. Januar 1989 auf 7,5 % der Stimmen und 11 Mandate gebracht hatte und ihre Stimmen bei den Berliner Bezirkswahlen 1992 noch erheblich steigern konnte (Wahlbeteiligung 1989 79,6%, 1990 83,5 %).

**STARKE POLARISIERUNG IN DER STADT**

Die Polarisierung in der Stadt war tiefgehend. Ende 1988 fand ein Republikaner-Parteitag im ICC statt. Wir zogen mit tausenden Demonstranten gegen diesen Parteitag zu Felde. Die besonders scharfe Westberliner Polizei ging gegen die Demonstranten vor. Auf dieser Demo gab es auch polizeiliche Provokateure, die Westberliner Polizei kesselte uns vor dem ICC ein. Aus diesem Kessel befreite uns Erich Pätzold, damals innenpolitischer Sprecher der SPD-Opposition. Allerdings setzte die Berliner Polizei gegen Erich Pätzold direkt



Berliner Stimme 1989: die Republikaner - ein Sammelbecken. Foto: BS

Wasserwerfer ein. Erich hat viel gelernt in diesen Tagen...

Pätzold wurde im Momper-Senat Innenminister und löste die politische Leitung der Berliner Polizei und der Staatsanwaltschaft auf. (Diese Herren trieben dann ihr Unwesen in anderen „neuen“ Bundesländern).

Das Ergebnis dieser Berlin-Wahl war der rot-grüne Senat unter Walter Momper, da die CDU-FDP-Koalition abgewählt worden war: die FDP flog aus dem Abgeordnetenhaus ganz raus, die Diepffen-CDU verlor 8,7%, die SPD gewann hinzu (nach der Garski/Kreisel/Groth-Baukrise der achtziger Jahre hatte sie wieder Zugewinne) ebenso massiv die Grünen auf 11,8%.

Historisch sei an dieser Stelle noch mal an Essentials erinnert, die Voraussetzung dieser rot-grünen Koalitionsbildung waren: 1. Gewaltverzicht, 2. Garantie der Übernahme aller bundesrepublikanischen Gesetze (so reaktionär sie auch waren) und 3. die Anerkennung der Rechte der Alliierten. Deren Akzeptanz durch die Grünen war die

Voraussetzung des rot-grünen Senates. Rot-Grün scheiterte schnell u.a. an den Häuserräumungen in der Mainzer Straße in Friedrichshain, an denen die Koalition zerbrach. Ergebnis war in der Dezember-Wahl 1990 eine Rückkehr Eberhard Diepffens in einer Großen Koalition, die Republikaner flogen zwar aus dem Abgeordnetenhaus, durchaus ausschlaggebend war ihr niedriger Anteil in Ostberlin.

**HOCHBURGEN DER REPUBLIKANER AUCH IN ZEHLENDORF**

Die Zahlen der Republikaner zu den Bezirksparlamenten waren durchaus beängstigend: in Ostberlin spielten sie eine untergeordnete Rolle; bei den Bezirkswahlen 1992 wuchsen sie erheblich an (siehe Tabelle). Auch wenn der Prozentsatz in Zehlendorf nicht so hoch war, gab es Bereiche in Zehlendorf, die Republikaner-Hochburgen waren: die Post-Siedlung und die Stimmbezirke in der Mörchinger Strasse, die alte BVG-Siedlung. Alles Gebiete, in denen Menschen sich sozial ausgegrenzt fühlten und die für ausländerfeindliche Demagogie ansprechbar waren.

Im Gefolge der Wahl 1992 erhielten aufgrund der festgelegten Sitzverteilung im siebenköpfigen Bezirksamt-Kollegium die Republikaner vier Stadträte: Bernd Brusche (Gesundheit) Neukölln, Hermann Voss (Umwelt) Wedding, Michael Freese (Wirtschaft) Tiergarten, Ingeborg Seifert (Soziales) Reinickendorf. Obwohl sie alle nur kleinste Ressorts zugestanden bekamen, waren ein Jahr später drei der vier Stadträte wegen fachlicher Inkompetenz abgewählt worden; die Abwahlenträge in Reinickendorf scheiterten lange an der CDU, bzw. ihrer Stadträtin Wanjura.

**ANGST VOR DEKLASSIERUNG UND STATUSVERLUST**

Was lernen wir daraus? Wichtig ist ein konzertierter rationaler Umgang mit der AfD heute, das wird schwerer als der schon eingetübte Umgang mit der NPD in Ostberliner Bezirksverordnetenversammlungen, wenn CDU-Radunski die CDU heute auffordert, auf die AfD zuzugehen.

1992 hieß es in einer Studie des SPD-Parteivorstandes, die Erfolge der Republikaner zeigten einen „gewissen westdeutschen Wohlstandschauvinismus, Ängste vor Deklassierung und Statusverlusten, Sozialneid und kleinbürgerliche Unduldsamkeit“.

**Burkhard Zimmermann** □

Wahlen	Januar 1989	1992
Charlottenburg	6,0	9,2
Kreuzberg	7,2	10,2
Reinickendorf	6,4	8,5
Spandau	6,6	8,3
Tempelhof	8,3	8,3
Tiergarten	8,2	10,6
Wedding	9,6	14,4
Wilmerdorf	5,7	7,3
Zehlendorf	3,9	4,8
Steglitz	6,6	8,3
Neukölln	10,2	10,6
Schöneberg	6,4	8,5

Wahlergebnisse der Republikaner in den West-Berliner Bezirken

Freihandel:

# Berliner SPD lehnt CETA ab

## Aufruf zur Demonstration am heutigen Sonnabend - Antrag zum Parteikonvent

Die Berlin SPD lehnt das CETA-Abkommen in seiner jetzigen Form ab. Einen entsprechenden Beschluss hat der Landesvorstand der Berliner SPD am 5. September einstimmig verabschiedet. In der Aussprache wiederholte der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller die Sorge, dass das Abkommen die Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge erschweren könne.

Die Berliner Delegierten zum Parteikonvent werden im Beschluss aufgefordert, sich gegen die Annahme von CETA auszusprechen und für eine Ablehnung durch den Deutschen Bundestag zu stimmen. Die Berliner Bundestagsabgeordneten und die Europaabgeordnete wurden aufgefordert, entsprechend abzustimmen. Gleichzeitig ruft die Berliner SPD zur Teilnahme an der bundesweiten Großdemonstration am heutigen Sonnabend um 12 Uhr am Alexanderplatz in Berlin auf.

Die Berliner SPD sieht in den Entwürfen für die Abkommen CETA, TTIP und TISA keine Grundlage für eine neue und faire Handelspolitik. Umwelt- und Verbrauchersstandards oder der Arbeitnehmerschutz würden gefährdet, heißt es in der Begrün-



De Aktionen des vergangenen Jahres werden fortgesetzt: In Berlin startet am heutigen Sonnabend um 12 Uhr am Alexanderplatz eine Großdemonstration gegen CETA und TTIP, zu der auch die Berliner SPD aufgerufen hat.

Foto: [www.ttip-demo.de](http://www.ttip-demo.de)

dung des Antrags. Bei einer möglichen Neuaufnahme der Verhandlungen müsste für mehr Transparenz für Parlamente und Bürgerinnen und Bürger gesorgt werden.

Zuvor hatte der SPD-Parteivorstand einen

Leitantrag zum Parteikonvent beschlossen, der eine Zustimmung vorsieht. „Für die SPD ist klar: Wir wollen den globalen Handel gerecht gestalten und den Primat der Politik gegenüber den ungezügelteren Marktkräften durchsetzen.“ Eine Analyse des CETA-Vertrages zeige, dass in sehr vielen Bereichen fortschrittliche Regeln vereinbart wurden, heißt es im Beschluss. „Vor dem Hintergrund dieser Fortschritte ist es gerechtfertigt, dass der EU-Ministerrat mit Zustimmung Deutschlands den Weg für die weitere parlamentarische Beratung des CETA-Vertrages freimacht, wenn zugleich die Regelungen zum Investitionsschutz von der vorläufigen Anwendung ausgenommen sind.“ Allerdings gebe es noch offene Punkte. Hier sollen erforderlichenfalls ergänzende Erklärungen zwischen den Vertragspartnern ausgehandelt werden: „Das Europäische Parlament muss alle Optionen nutzen und sein politisches Gewicht in der Handelspolitik dafür in die Waagschale werfen.“

Gegen den Antrag stimmte als einziger das Berliner Parteivorstandsmitglied Jan Stöß, es gab drei Enthaltungen im 35köpfigen Vorstand. **uh** □

Position:

## CETA im Parlament entscheiden

### Bernd Schimmler: Skeptische Haltung von Michael Müller ist berechtigt

Die Absicht der EU-Kommission das CETA-Abkommen vorläufig in Anwendung zu bringen, zeigt eines: Die EU-Kommission hat nicht begriffen, weshalb sich viele Bürger von der Idee des vereinigten Europa abwenden. Sie fühlen sich nicht mehr wahrgenommen. Leider will auch Sigmar Gabriel auf dem Konvent am 19. September in ein ähnliches Horn stoßen.

Dabei bleibt es im Grundsatz bei der Feststellung der früheren Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin: „Schiedsgerichte werden nicht gebraucht. Sie mögen zum Schutz von Investitionen in Ländern ohne rechtsstaatliches Rechtswesen verständlich gewesen sein. Im Bereich der OECD sind sie es nicht, weil die Mitglieder die Gleichwertigkeit ihrer Rechtssysteme längst anerkannt haben.“

Der Hinweis ist insoweit richtig, als Deutschland maßgeblicher Mitgestalter solcher Schiedsgerichtsverfahren (Investor State Disput Settlement Verfahren-ISDS-) war, von denen ca. 1300 abgeschlossen wurden. Aber diese Verfahren betreffen in der Regel Abkommen mit Staaten, die kei-

ne ausgeprägte Rechtsstaatstruktur haben. Darüber hinaus sind schiedsgerichtliche Verfahren zwischen Unternehmen durchaus sinnvoll. Aber es darf nicht sein, dass Entscheidungen von gewählten Vertretungskörperschaften über Schadensersatzandrohungen ausgehebelt werden.

Google-Chef Eric Schmidt findet es unerträglich, „dass Europa rund um die Datenanalyse Maßnahmen ergreift, die so aussehen, als seien sie verbraucherfreundlich, obwohl sie in Wahrheit Handelsbarrieren sind“. Diese Haltung ist in vielen Wirtschaftsfeldern Allgegenwart.

Was nicht passt, oder die eigenen Investitionen und Gewinnerwartungen behindert, ist eben ein Handelshindernis und damit diskriminierend.

Wir sollten bei den Entscheidungen zum Beispiel im September-Konvent immer im Auge haben, was die ZEIT-Wirtschaftsredakteurin Petra Pinzler - eine Anhängerin des Freihandels - bereits im Dezember 2015 schrieb: In den Abkommen „steht (...) zwar Freihandel drauf, aber etwas Anderes (ist) drin. Die Handelspolitik dringt immer stärker in immer neue Be-

reiche der nationalen Demokratie ein. (...) In den neuen Verträgen stimmt das Kleingedruckte nicht. Sie beschränken die Freiheit der Gesellschaften zu stark - vor allem die Freiheit Fehler zu machen und sie dann zu korrigieren.“

Problematisch sind z.B. die sehr schwammigen Regelungen zur Enteignung nach Anlage 8 und weiterhin die Streitschlichtungsregelungen des Abschnitts 29. Sie fordern eine Besetzung des Schiedsgerichtes, das nur anders bezeichnet wird, mit Personen, die im internationalen Handelsrecht bewandert sind und der Vorsitzende muss bei gleicher Qualifikation langjähriger Anwalt sein. Dies ist nichts anderes als die Anwaltschiedsgerichte des TTIP. Warum können nicht auch Verfassungsrechtler eingebunden werden, wenn es um Entscheidungen gegen eine vom Bürger gewählte Gebietskörperschaft geht?

Es ist daher die gegenüber CETA skeptische Position von Michael Müller zu unterstützen. Der Konvent am 19. September in Wolfsburg darf einer vorgezogenen Regelung nicht zustimmen!

**Bernd Schimmler** □

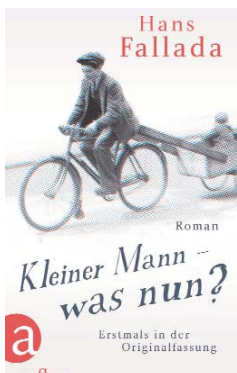
Literatur:

# Kleiner Mann - was nun?

## Beklemmender Abstieg am Vorabend des Dritten Reiches

**Hans Falladas Roman „Kleiner Mann - was nun?“, ein Abstiegsdrama, schafft es zum Bestseller und wurde gar zwei Mal verfilmt. Der 1932 bei Rowohlt erschienene Roman und vor allem die späteren Filmfassungen waren geglättet. Nun hat der Berliner Aufbau-Verlag die lange verschollene und um ein Viertel längere Originalfassung veröffentlicht. Sie unterscheidet sich wesentlich von den zuvor publizierten Fassungen.**

Der junge Johannes Pinneberg, kaufmännischer Angestellter in einer mecklenburgischen Kleinstadt heiratet Emma Mörchel, sein „Lämmchen, aus einer proletarischen Familie. Sie ist schwanger, und das gemeinsame Haushaltsbudget katastrophal. Die Arbeitslosigkeit hat astronomische Ausmaße, auch Pinneberg verliert seine Arbeit. In Berlin bekommt er eine Anstellung in einem Konfektionskaufhaus, aber die Konkurrenz um den Erhalt des Ar-



Hans Fallada, *Kleiner Mann - was nun?* Originalfassung, Aufbau-Verlag, Berlin, 2016, 557 Seiten, 22,95

beitsplatzes ist groß, die Solidarität klein. In Moabit bringt Lämmchen den Sohn, genannt Murkel zur Welt, und Pinneberg erlebt die Bürokratie der Sozialversicherung. Weil er zu wenig Verkäufe auf seinem Block hat, verliert er seine Stellung und ohne Arbeitseinkommen die illegale Wohnung. Die junge Familie kommt in einer Laubenkolonie vor den Toren Berlins eine Unterkunft. Als Arbeitsloser wird er gar

von Polizisten des Bürgersteigs in der Friedrichstraße verwiesen.

Fallada zeigt sich wie bei seinen zuvor publizierten Romanen als präziser Beobachter der Milieus, zeichnet hier das gesellschaftliche Deutschland am Vorabend des Dritten Reichs. In der nunmehr veröffentlichten Originalfassung bekommen seine Figuren stärker Konturen, auch politisch: die Nähe zu den Nazis im Kollegenkreis, die emotionale Stärke von Lämmchen und nicht zuletzt die Figur Pinneberg mit seinen Träumen und Ängsten. Anschaulich beschreibt Fallada die Widersprüche der Zeit mit Amüsement in einer Glitzerwelt, entwürdigenden Arbeitsbedingungen und aussichtslose Suche nach bezahlbarem Wohnraum sowie die Rationalisierungspraxis im Handel. Der soziale Sprengstoff jener Zeit wird hier deutlich spürbar. Somit gewinnt der vollständige Roman durchaus an politischem Profil und nicht zuletzt an Aktualität.

Die Veröffentlichung der Originalfassung des Romans, ergänzt um Anmerkungen zur Entstehungsgeschichte der Langwie auch gekürzten Fassung, ist dem Aufbau-Verlag hoch anzurechnen. Chapeau!

Gunter Lange □

Sachbuch

# Die Normalität im Blick behalten

## Syrer bei uns: Kristin Helberg über Ängste, Missverständnisse und verzerrte Sichtweisen

**Burkini-Verbot, Terrorismusgefahr und sexistische Übergriffe bestimmen die aktuelle öffentliche Debatte über Geflüchtete. Dem setzt Autorin Kristin Helberg jetzt ein ganz unaufgeregtes Ratgeberbuch für die Begegnung mit „Syrern bei uns“ entgegen. Es räumt Missverständnisse und Fehlinterpretationen aus und bleibt dabei immer realistisch.**

Kristin Helberg, verheiratet mit einem syrischen Arzt, hat als freie Journalistin mehrere Jahre in Syrien gelebt und gearbeitet. Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der deutschen und syrischen Gesellschaft hat sie nicht nur beruflich beobachtet, sondern in der eigenen Familie erlebt. Das ist auch schon einer der wesentlichen Erfahrungsunterschiede: Dort ein Staat mit korrupten Staatsapparaten, Willkür und fehlender sozialer Absicherung, in dem der Zusammenhalt der Familie das stabilisierende Element ist, hier ein demokratischer Staat mit manchmal schwer durchschaubaren Regeln, der für den Zusammenhalt der vielen Individualisten sorgen muss, ohne dass die Familie noch hilft.

Mit ihrer Beschreibung hält Kristin Helberg auch der deutschen Gesellschaft und ihren Gewohnheiten den Spiegel vor. Und der Leser stellt erstaunt fest: Die wenigsten Unterschiede haben etwas mit Religion



Kristin Helberg, *Verzerrte Sichtweisen - Syrer bei uns. Von Ängsten, Missverständnissen und einem veränderten Land* Verlag Herder 2016, 272 Seiten, ISBN: 978-3-451-31157-4. Gebundene Ausgabe 24,99 EUR eBook (EPUB) 19,99 EUR

und Glauben zu tun. Vieles sind Konventionen und Rollenverständnisse, die hier wie dort einem dauernden Wandel unterliegen, die mehr mit regionalen oder sozialen Verhältnissen zu tun haben.

An den Anfang hat Kristin Helberg eine knappe Zusammenfassung der Entwicklung hin zum syrischen Bürgerkrieg gestellt, angefangen bei der willkürlichen Grenzziehung der europäischen Mächte über die politische Entwicklung, die Einschätzung der syrischen Oppositionsgruppen, die Basis des Assad-Regimes und die externen Einflüsse. Nicht alles ist immer im Detail belegt, insgesamt aber entsteht ein schlüssiges Bild, das auch aufzeigt, warum eine Verständigung mit dem Assad-Regime für viele Oppositionelle so undenkbar erscheint.

Es sind konservative Denkweisen und Werte, die mit den Geflüchteten angekommen sind, nicht unähnlich den Werten, die die AfD hier gegen sie zu verteidigen glaubt. Probleme im Alltag werden nicht heruntergespielt, Verhaltensweisen nicht entschuldigt, auch wenn ihre Ursachen verständlicher werden. So lange ist es eben auch in Deutschland noch nicht her, dass eine Ehefrau ohne Zustimmung des Mannes keine Arbeit aufnehmen durfte.

Meinungsfreudig setzt sich Kristin Helberg auch mit Begriffen wie der „Leitkultur“ auseinander, nur um schnell festzustellen, dass es sie so wenig gibt wie ein deutsches Gen. Sie verweist auf die gemeinsame Geschichte der drei monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam, auf die Rolle, die der Islam schon immer in Europa gespielt hat.

Kristin Helberg wirbt für eine geordnete Zuwanderung, für Patenschaften mit Geflüchteten, für eine Finanzierung bezahlbaren Wohnraums für alle, etwa aus Mitteln eines umgewidmeten Solidarpakts, für einfache Arbeitsaufnahme.

Und sie plädiert leidenschaftlich dafür, zu differenzieren und die Normalität im Blick zu behalten. Letztlich gehe es überall auf der Welt darum, „gesund und zufrieden zu sein, in Freiheit und ohne Angst leben zu können.“

U.H. □

Porträt:

# Ein Stolperstein für Georg Obst

## Erinnerung an den sozialdemokratischen Widerstand in der Hufeisensiedlung

**Auf Initiative von „Hufeisern gegen Rechts“ wird am 23.09.2016 um 14.30 Uhr von dem Kölner Bildhauer Gunter Demnig ein Stolperstein für Georg Obst verlegt. Aus diesem Anlass wird auch der in Münster/Westfalen lebende Sohn Bernd mit seiner Familie dabei sein, weiter der SPD-Bundestagsabgeordnete aus Münster, Christoph Strässer, der Neuköllner Bildungsstadtrat Jan-Christopher Rämmer sowie Karin Korte, Mitglied des geschäftsführenden Kreisvorstandes der Neuköllner SPD und Kandidatin für das Abgeordnetenhaus.**

Am gleichen Tag um 19 Uhr findet in der Info-Station Hufeisensiedlung, Fritz-Reuter-Allee 44 eine Veranstaltung zum Thema „Sozialdemokratischer Widerstand in der Hufeisensiedlung Britz“ statt.

Fritz Felgentreu und die SPD-Kandidatin für das Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 4 (Britz/Ortolanweg) Derya Caglar haben das Vorhaben unterstützt.

### WER WAR GEORG OBST?

Franz Georg Obst wird am 07. April 1902 in Salzbrunn/Schlesien (heute: Szczawno-Zdrój, Polen) als Sohn des Bäckermeisters Robert Obst und seiner Ehefrau Elisabeth geb. Byrohl geboren.

Nach einer Schlosserlehre und entsprechender Tätigkeit zieht er aus beruflichen Gründen ins Ruhrgebiet und lernt in Dortmund seine spätere Ehefrau Maria Elisabeth Zimmer, Tochter eines Bergmannes, kennen. Maria Zimmer, am 10. September 1903 in Werne, Krs. Bochum, geboren, die ursprünglich kaufmännische Angestellte gelernt hatte, ging zwischenzeitlich nach Schlesien und ließ sich an einer kirchlichen Einrichtung als Krankenschwester ausbilden. Möglicherweise war sie durch die Folgen des Kriegselends motiviert, sich beruflich umzuorientieren.

Nach Berlin zog sie später wegen der besseren Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern (8-Stunden-Tag!). In Berlin trafen sich Georg Obst und Maria Zimmer wieder. Georg Obst wurde inzwischen Fürsorger und arbeitete u. a. als Jugendherbergsvater auf einem Schiff. Er wohnte damals in Berlin-Spandau, Konkordiastr. 1, Maria Zimmer in Berlin-Buckow, Johannissthaler Chaussee 74 (von Oktober 1929 - Juni 1930) ab Juli 1930 in Berlin-Britz, Fritz-Reuter-Allee 67. Am 26. August 1930 heirateten beide in Berlin Britz.

Politisch organisiert sich Georg Obst zunächst in der Sozialistischen Arbeiterju-



*Der Sozialdemokrat Georg Obst wurde am 7. Februar 1934 verhaftet und von der Gestapo gefoltert. Er nahm sich am Tag darauf das Leben.  
Foto: Archiv Achim Becker*

gend (SAJ) und später in der SPD. Aus der gemeinsamen Wohnung in der Fritz-Reuter-Allee 92 ziehen sie Mitte 1933 in die Gielower Str. 28 b. Dieser VII. Bauabschnitt der Hufeisensiedlung - zwischen Parchimer Allee, Gielower Str., Fritz-Reuter-Allee und Malchiner Straße - wurde ab 1. Juli 1933 bezugsfertig. In diesen kleineren und kostengünstigeren Wohnungen konnte der Sozialdemokratische Verwalter der GEHAG, Erich Grashoff, noch vor seiner Absetzung durch die Nazis viele Familien aus dem SPD- und Gewerkschaftsmilieu preiswert unterbringen, so auch das junge Ehepaar Obst. Dieses Neubauquartier erhielt bald den Spitznamen „Konzentrationslagersiedlung“, da man meinte, nur einen Stacheldraht um den Block ziehen bräuchte, um auf einen Schlag alle Genossen eingesperrt zu haben.

Am 13. September 1933 wird ihr Sohn Bernd Robert Obst in Berlin-Neukölln geboren. Zu diesem Zeitpunkt ist die SPD bereits verboten und sein Vater Georg Obst illegal für seine Partei aktiv.

Er wird am 7. Februar 1934 von der Gestapo verhaftet und wählt nach „Verhören“ und Folter in der Berliner Gestapo-Zentrale am 8. Februar 1934 den Freitod, da er - wie Mitgefangene berichten - es nicht mehr aushalten würde, unter Torturen zu schweigen. Damit stellte sich Georg Obst mit seinem eigenen Leben schützend vor politische Freunde. Nach der Trauerfeier im Krematorium Baumschulenweg im Kreise der Familie und engster Weggefährten wurde die Urne in Dortmund beigesetzt.

### DIE SPD IN DER HUFEISENSIEDLUNG

Waren die Wohnverhältnisse im Berlin der Kaiserzeit schon katastrophal, so führte der enorme Anstieg der Einwohnerzahl nach dem Weltkrieg zu noch größerer Wohnungsnot. Ende der 20er Jahre waren über 180.000 Menschen in der Viermillionen-Stadt als wohnungslos beim Amt gemeldet und hausten in Elendsquartieren.

Mit dem späteren Stadtbaurat Martin Wagner wird die Idee des „sozialen Wohnungsbaus“ umgesetzt. Durch die Erhebung der sog. Hauszinssteuer wird die Förderung von Großprojekten wie der „Fritz-Reuter-Stadt“ ermöglicht. Auf dem Gelände des ehemaligen Rittergutes Britz, 1924 von der Stadt Berlin für 5,8 Millionen Reichsmark von der Familie Wrede erworben, errichteten die GEHAG und die DEGEWO ab 1925 3.200 Wohnungen. In sieben Abschnitten baute alleine die GEHAG bis 1933 insgesamt 1.638 Etagenwohnungen und 679 Reihenhäuser.

Die Britzer Großsiedlung, vom sozialdemokratisch geprägten Berliner Magistrat und den Gewerkschaften errichtet, bezeichnete der „Vorwärts“ am 8. September 1930 nicht zu unrecht als die neue Hochburg der Sozialdemokratie. Hier zogen vor allem Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Intellektuelle und Facharbeiter ein. Einfache Arbeiterhaushalte konnten Ende der 20er Jahre die Mietpreise nicht tragen. Bis 1933 setzte sich die Bewohnerschaft zum großen Teil aus Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Kommunisten zusammen.

Das rote Vorzeigeprojekt sozialdemokratischer Städtebaupolitik war den Nazis natürlich ein besonderer Dorn im Auge. Als vorgebliche Arbeiterpartei wollten sie in der Britzer Großsiedlung, als Domäne der Arbeiterbewegung, Fuß fassen. So gab es zum Beginn der 30er Jahre die ersten schweren Auseinandersetzungen zwischen SA und Reichsbanner, dessen örtlicher Leiter Franz Gutschmidt in der Onkel-Bräsig-Straße wohnte.

Bis 1931 organisierten die Britzer Sozialdemokraten und Gewerkschafter regelmäßig ein „Fest der Arbeit“, ein großes Sommerfest in der Großsiedlung. Gesang, Fackelzug und flammende Reden sozialdemokratischer Parteiführer gegen Sozialabbau und drohender faschistischer Machtübernahme konnten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass nur mit Hilfe der republikanischen Schutztruppe Reichsbanner die auch in Britz stärker werdenden Na-

**Fortsetzung Seite 13**

**Fortsetzung von Seite 12**

zis von Übergriffen abgehalten werden konnten.

Noch am 1. Mai 1932 trafen sich die Britzer SPD-Genossen in der Parchimer Allee zur gemeinsamen Fahrt zur Mai-Kundgebung im Lustgarten. Schon hier wurden die Fahnen eingerollt und die Embleme verdeckt. Man wollte den politischen Gegner nicht provozieren. Ein Jahr später, am 22. Juni 1933 fand schließlich in einem Ecklokal in der Parchimer Allee die letzte Versammlung der Britzer SPD statt.

Inzwischen waren der ersten Verhaftungswelle nach dem Reichstagsbrand die prominentesten Nazi-Gegner der Siedlung, wie etwa Erich Mühsam, zum Opfer gefallen. Der zügellose Terror der Nazis hatte auch die ehemalige SPD-Hochburg erreicht.

#### DER ANTIFASCHISTISCHE KAMPF DES GEORG OBST

1933 bildeten Anhänger der seit 22. Juni 1933 verbotenen SPD lokale und regionale Widerstandsgruppen, die weder organisatorisch noch ideologisch einheitlich agierten. In Berlin gaben diese Initiativen vor allem Untergrundschriften heraus wie „Der proletarische Pressedienst“, „Der Rote Stoßtrupp“ und „Die Parole. Das Neuköllner Einheitsfrontorgan“.

Über Georg Obst, der seit seiner Eheschließung mit Maria Elisabeth Zimmer in Britz wohnte, berichtete Dora Lösche: SAJ, SPD, Mitglied des Bezirksvorstandes der Neuköllner SPD, 1958 - 1963 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, 1963 - 1969 Mitglied des Deutschen Bundestages: „Wenn einer von den Britzer SPD-Genossen illegal gearbeitet hat, dann Georg Obst!“ Er verbreitete Untergrundschriften unter gesinnungstreuen Parteifreunden und hielt die Verbindungen untereinander aufrecht. Georg Obst nahm an verbotenen Zusammenkünften teil und schrieb auch selbst Texte für illegale Schriften. (vgl. H.-R. Sandvoß, Widerstand in Neukölln, Berlin 1990)

#### VERHAFTUNG, FOLTER UND TOD

Von Oktober bis Dezember 1933 kam es zu einer großen Verhaftungswelle gegen illegal arbeitende SPD-Genossen. 1934 wurden in mehreren Massenprozessen vor dem Berliner Kammergericht die Angeklagten der Aufrechterhaltung der verbotenen Parteiorganisation, der Vorbereitung zum Hochverrat und Verbreitung antinazistischer Untergrundschriften beschuldigt.

Die Urteile wurden im Juli und August 1934 gesprochen, die Hauptverantwortlichen erhielten in der Regel Zuchthausstrafen von zwei Jahren. Viele hatten zuvor unter brutalen „Verhören“ gelitten, Tortu-



Georg Obst.

Foto: Archiv Achim Becker

ren, die wahrscheinlich Georg Obst am 08. Februar 1934 in den Freitod trieben.

Davon berichtete Adele Dünnebacke, deren Ehemann, Adolf Dünnebacke, bis 1933 Gewerkschaftssekretär des Metallarbeiterverbandes und nach dem Krieg Reinickendorfer Bezirksbürgermeister war: „Er wurde beim Verhör gefoltert. Als man ihn erneut aus der Zelle holen wollte, sagte er zu einem Mithäftling, er halte es nicht mehr aus, zu schweigen. Beim Abtransport stürzte er sich vom dritten Stock hinunter und fiel einem anderen Kameraden buchstäblich vor die Füße.“

Auf Bitten von Otto Voß, eines früheren Freundes vom Metallarbeiterverband, be-

gleitete ich die junge Ehefrau von Georg Obst, um die Leiche in einer Weddingener Polizei-Kaserne zu besichtigen. Dort sollte sie nur den Kopf ihres Mannes ansehen. Von Beruf Krankenschwester, nahm sie das Leichentuch hoch und sah den gefolterten Körper.“

Willi Gleitze, wie Georg Obst von Beruf Fürsorger, von 1930 bis 1933 Mitglied der SAJ und festangestellter Jugendsekretär in Leipzig, wurde zusammen mit seinem Britzer Genossen Obst verhaftet und in der Prinz-Albrecht-Straße „verhört“. Er berichtete später darüber: „Wenn der Beamte vom Tisch aufstand, war es das Zeichen zum Schlagen. Die Schlägertrupps bestanden ungefähr aus zehn Mann und hatten Hundepeitschen, Knüppel und Ähnliches. Nach zehn Minuten wurden sie abgelöst, so dass man sich die Gesichter nicht merken konnte. Nachdem man durch viel Kaffee wieder aufgerichtet war, unterschrieb man das Protokoll. Vier Stunden hatte die ‚Vernehmung‘ gedauert. Ich war von Kopf bis Fuß blau geschlagen.“

Die Ehefrau des Graveurs Rudi Müller, der am 16. Dezember 1933 verhaftet wurde, berichtete 1982: „Beim Verhör schlug man ihm vier Zähne aus. Um Namen von aktive Genossen, deren Anschriften und Angabestellen illegalen Materials herauszubekommen, misshandelte man ihn so stark, dass beide Trommelfelle platzten. Am Hinterkopf hatte er sogar den Abdruck vom Tritt eines Schuhabsatzes. Als er schließlich im Hospital des Untersuchungsgefängnisses Moabit lag, hörte er den empörten Kommentar von Ärzten (>solche Schweine<“). (vgl. H.-R. Sandvoß, Widerstand in Neukölln, Berlin 1990)

Achim Berger/ W.H. □

#### Erinnerung:

## „Knapp, sachlich, eindeutig“

Vor 90 Jahren wurde Klaus Schütz geboren

**Vor neunzig Jahren, am 17. September 1926, wurde Klaus Schütz in Heidelberg geboren. Der am 29. November 2012 in Berlin verstorbene ehemalige Regierende Bürgermeister hat nicht nur in seiner Berliner Amtszeit vom 19. Oktober 1967 bis zum 2. Mai 1977 viel bewegt, schon zuvor hat er als Senator für Bundesangelegenheiten und als Staatssekretär im Auswärtigen Amt für deutschlandpolitische Weichenstellungen gesorgt.**

„Wer Bonn kennt, weiß, dass die Vorstellungen des Berliner Senats dort nicht immer offene Ohren finden“, schrieb die Berliner Stimme in ihrem Glückwunsch zum 40. Geburtstag im September 1966. „Dennoch hat Klaus Schütz vieles durchgesetzt. Ohne seine Arbeit hätte es die Passier-

scheine (zum Besuch von West-Berlinern im Ostteil der Stadt, Anm. d. Red.) kaum gegeben, sagt man in der Bundeshauptstadt. Er selbst spricht nicht darüber.“

Für Schütz müsse alles „Sinn und Zweck, Anfang und Ende“ haben, heißt es in der Würdigung. Wie seine Sprache sei auch Schütz „knapp, sachlich und eindeutig“. „Die SPD verdankt dem Sohn einer ‚bürgerlichen‘ Familie manches. Er hat einen bedeutenden Anteil am ‚neuen Stil‘ der deutschen Sozialdemokratie. Nicht nur an deren Bild in der Öffentlichkeit - was schon viel wäre. Aber auch darüber verliert Klaus Schütz selbst kein Wort. Und das macht ihn sympathisch.“

Seit dem 29. November 2014 erinnert in der Johannisberger Straße 34 eine Berliner Gedenktafel an Klaus Schütz. **BS** □

Lesung:

## Mit dem roten Koffer durch Deutschland

28. September: Buchvorstellung mit Winfried Sühlo und Peter Brandt

**Im Gespräch mit dem Historiker Peter Brandt stellt Berlins ehemaliger Kulturstaatssekretär Winfried Sühlo am Mittwoch, dem 28. September um 19 Uhr sein kürzlich erschienenen Buch „Der rote Koffer“ vor (siehe Rezension in der BS 15-2016).**

Wenige Tage vor dem Tag der Deutschen Einheit laden das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie, dessen langjähriger Vorsitzender Sühlo war, und die Historische Kommission der Berliner SPD gemeinsam zu einer spannenden Lesung und Diskussion ein. Winfried Sühlo hat in seinem Buch seine persönliche Sicht auf „ein gespaltenes Land“ beschrieben. 26 Jahre nach der Verwirklichung der deutschen Einheit ist kaum noch vorstellbar, wie die Teilung auf die Menschen in den beiden deutschen Staaten wirkte und allmählich als gegeben hingenommen wurde. Sein Buch macht diese Zeit wieder lebendig.

Winfried Sühlo studierte in Westberlin, als die Studenten Ende der 60er Jahre auf



Winfried Sühlo hat seine deutsch-deutschen Beobachtungen veröffentlicht. Foto: Horb

die Straße gingen. Egal, wo er tätig wurde: in der Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes, in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR oder in der Staatskanzlei von Schleswig-Holstein, war er ein aufmerksamer Beobachter der

deutsch-deutschen Beziehungen und der Entwicklungen in beiden deutschen Staaten. Während all der Jahre gab es viele persönliche Begegnungen mit Künstlerinnen und Künstlern, mit Menschen, die für ihre Rechte in Ost und West eintraten. Später als Kulturstaatssekretär in Berlin war die Zusammenführung der Kultur in Ost- und West-Berlin eine der wesentlichen Aufgaben.

Der Historiker Peter Brandt, der sich intensiv mit den deutschlandpolitischen Entwicklungen und der Ostpolitik seines Vater Willy Brandt befasst hat, wird in der Einführung und im Gespräch mit Winfried Sühlo über verpasste und genutzte politische Chancen sprechen, über deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten und Unterschiede. **BS □**

➡ Mittwoch, 28. September, 19 Uhr, „Der rote Koffer“, Buchvorstellung mit Winfried Sühlo, Peter Brandt und Heiner Wörmann, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

# Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

## T ERMIN

- 17.09.2016 08:00, SPD Marzahn-Hellersdorf, **Iris Spranger verteilt Infomaterial**, S-Bahnhof Mahlsdorf, 12623 Berlin
- 17.09.2016 10:30 - 15:00, Thorsten Karge, MdA Märkisches Viertel, **Infostand mit Thorsten Karge**, MdA, Brunnenplatz vom Märkischen Zentrum, Wilhelmsruher Damm 138-140, 13439 Berlin
- 17.09.2016 10:00, Jan Stöß, Wahlkreisandidat in Mitte, **Infostand vor Kaiser's mit Jan Stöß**, Annenstraße 4, 10179 Berlin
- 17.09.2016 14:30, SPD Neukölln - Abt. Rudow, **Einladung zum 7. Rudower Sommer-Picknick**, Alte Dorfschule Rudow, Alt-Rudow 60, 12355 Berlin
- 17.09.2016 09:30 - 12:30, SPD Lichtenberg, **Infostand mit Andreas Geisel**, Johannes-Fest-Platz, 10318 Berlin
- 17.09.2016 16:00 - 19:00, SPD Lichtenberg, **Infostand mit Andreas Geisel**, Frankfurter Allee Ecke Möllendorfstraße, 10365 Berlin
- 17.09.2016 10:00 - 14:00, SPD Mitte - Abt. Rosenthaler Vorstadt, **Infostand mit Astrid Hollmann an der Ackerhalle**, Ackerstraße 23, 10115 Berlin
- 17.09.2016 18:00, Abt. Dahlem, **Sommerfest der SPD Dahlem**, Eintritt: Spenden für Musik, Grillen und kleines Buffet, Ev. Kirchengemeinde Dahlem, Thielallee 1-3, 14195 Berlin
- 18.09.2016 18:00, SPD Berlin, **Wahlabend**, Columbia-Halle, Columbiadamm 13-21, 10965 Berlin, Bus 104 oder U6 Platz der Luftbrücke, Einlass: ab 16.30 Uhr. Achtung: Erhöhte Sicherheitsvorkehrungen.
- 19.09.2016 14:00, SPD AG 60 plus Berlin, Berlin hat gewählt! **Wahlanalyse mit Josef Zimmermann und dem SPD-Landesgeschäftsführer Dennis Buchner**, Kurt-Schumacher-Haus, Franz-Künstler-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 20.09.2016 15:00, SPD AG 60 plus Spandau, **Wahlanalyse**, SPD Kreisbüro Spandau, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin
- 21.09.2016 19:00, AGS - Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD, **Die Arbeit des NSA-Untersuchungsausschusses**. Gast ist Christian Flisek, MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion und AGS-Bundesvorsitzender. Christian Flisek gehört auch dem Untersuchungsausschuss zur NSA-Affäre. Kurt-Schumacher Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 21.09.2016 19:00, Forum Netzpolitik, **Führt die Datengesellschaft zu einer diskriminierenden Gesellschaft?** Wir freuen uns, dass Frau Serena Holm von der Schufa Holding AG als Referentin zur Verfügung steht. Sie wird uns erläutern wie die Schufa Daten zur Bewertung einsetzt. Cafe Aufsturz, hinterer Raum, Oranienburger Straße 67, 10117 Berlin
- 21.09.2016 18:00 - 19:30, Afa Neukölln, **Digitale TagelöhnerInnen - Crowdworker**, SPD

# Trauer um Jutta Limbach

Berlins ehemalige Justizsenatorin starb im Alter von 82 Jahren

**Die Berliner SPD trauert um die ehemalige Justizsenatorin und Verfassungsgerichtsvorsitzende Jutta Limbach, die am 10. September im Alter von 82 Jahren verstorben ist.**

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller würdigte Jutta Limbach als „eine prägende Gestalt der Berliner und der deutschen Politik“. Berlin habe ihr viel zu verdanken. In Anerkennung ihrer Verdienste verlieh ihr das Land Berlin im Jahr 2005 die Louise-Schroeder-Medaille.

„Jutta Limbach war eine große Sozialdemokratin, Juristin und Feministin“, so Eva Högl, Vorsitzende der AsF Berlin. „Sie wird uns fehlen. Frau Limbach war ein Vorbild. Sie prägte wichtige und wegweisende Entscheidungen des obersten Bundesgerichts und war bekannt für ihr beherztes Engagement für ihre Überzeugungen, die von sozialdemokratischen Grundsätzen geprägt waren. Besonders fehlen wird ihre Stimme im Einsatz für die Gleichstellung der Frauen

„Die Berliner SPD verliert eine Sozialdemokratin, die sich stets in der großartigen Tradition ihrer Familie für Emanzipation und Selbstbestimmung eingesetzt hat“, erklärte Dennis Buchner, Landesgeschäftsführer der Berliner SPD. „Ihre Großmutter war die SPD-Politikerin Elfriede Ryneck, die der Weimarer Nationalversammlung angehörte, ihre Urgroßmutter war Pauline Staegemann, die 1873 den ersten sozialdemokratischen Frauenverein gründete.“ In dieser Tradition stand Jutta Limbach gerne: „Ohne Selbstbehauptungswillen kommt eine Frau in unserer Gesellschaft nicht voran“, schrieb sie 1995. Erst in diesem Jahr verfasste sie ein Buch über ihre streitbare Urgroßmutter.

„Jutta Limbach beeindruckte an allen ihren Wirkungsstätten und in allen Ämtern mit einer klaren Überzeugung“, erklärte Wissenschaftssenatorin Sandra Scheeres. „Sie hat Position bezogen und sich für Demokratie und Toleranz engagiert. Jutta Limbach war eine Streiterin für die Gleichberechtigung der Frauen in Politik, Gesell-



Jutta Limbach im Juni 2016.

Foto: Horb

schaft und Wissenschaft. In besonderem Maße war Jutta Limbach der Berliner Wissenschaft verbunden – bereits als Studentin und später Professorin an der Freien Universität und bis jetzt z. B. als Vorsitzende des Hochschulrates der Kunsthochschule Weißensee.“

Geboren am 27.03.1934 in Berlin absolvierte Jutta Limbach 1962 das 2. Staatsexamen. 1966 promovierte sie. Ihre Habilitation 1971 hatte das Thema „Das gesellschaftliche Handeln, Denken und Wissen im Richterspruch“. Ab 1972 lehrte sie als Professorin an der FU Berlin und in Bremen. Daneben stand ihr gesellschaftspolitisches Engagement, etwa im Verein Kontakte, der die Verbindungen in die ehemalige Sowjetunion pflegte, oder als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.

Walter Momper holte sie 1989 in den rot-grünen Berliner Senat. In ihre Amtszeit als Justizsenatorin fiel die Vereinigung der Stadt. „Mit ihrer ruhigen und zupackenden Art hat Jutta Limbach nach 1990 für eine einheitliche Justiz in Berlin gesorgt und die Aufarbeitung des DDR-Unrechts vorangetrieben. Gerechtigkeit im Großen wie im Kleinen war ihr ein Herzensanliegen“, sagte SPD-Landesgeschäftsführer Dennis Buchner

Von 1994 bis 2002 war sie Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und von 2002 bis 2008 Präsidentin des Goethe-Instituts.

BS □

Kreisbüro Neukölln, Sonnenallee 124, 12045 Berlin

■ 22.09.2016 18:30 - 20:30, Fachausschuss Familien-, Kinder- und Jugendpolitik, **Wahlengang: Versuch einer Analyse**, Gangway, Schumannstr. 5, 10117 Berlin

■ 27.09.2016 18:00 - 20:00, Fachausschuss Wirtschaft-Arbeit-Technologie, **Sozialdemokratische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**, Kurt-Schumacher-Haus, Galerie, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 28.10.2016, 19:00 Kulturforum und Historische Kommission, **Lesung „Der rote Koffer“** mit Winfried Sühlo und Peter Brandt, Galerie, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

■ 04.10.2016 16:30 - 19:00, Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, **Bürgersprechstunde des Bundestagsabgeordneten Fritz Felgentreu**, Anmeldung bitte unter Tel. 030/568 21 111, Wahlkreisbüro Fritz Felgentreu, MdB, Lipschitzallee 70, 12353 Berlin

■ Alle Termine: [www.spd.berlin/termine](http://www.spd.berlin/termine)

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an [berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de) oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an [berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de).

# Jede Stimme zählt

20.000 Berlinerinnen und Berliner sind in Chören aktiv

**Rund 20.000 Berlinerinnen und Berliner singen regelmäßig in einem der zahlreichen Chöre in der Hauptstadt - auf weltlichen Bühnen oder in Kirchen.**

Mitten im Sommer jubilierten die Sopranstimmen, und die Bässe brummen: Auf der Sommerbühne der ufa Fabrik in Tempelhof luden rund zehn Berliner Chöre zum Festival „All you need is Beat“ ein - und alle, alle sangen aus vollem Herzen. Nach den Ferien klingt's weiter - zum Beispiel, wenn am 8. Oktober die Paukenmesse von Joseph Haydn in der Pauluskirche Lichterfelde gesungen wird. Oder wenn am 30. Oktober zum Volkslieder-Mitsingkonzert in der Philharmonie eingeladen wird.

Wochenende für Wochenende präsentieren viele Berliner Chorsängerinnen und Chorsänger das, was sie unter der Woche probiert und eingeübt haben. Schätzungsweise 20.000 Berlinerinnen und Berliner haben sich in die rund 500 Chöre eingereiht, um gemeinsam zu singen. Darunter sind gemischte große und kleine Chöre, Kammerchöre, Vokalensembles, Männer-, Frauen-, Kinder-, Jugend-, Schul-, Senioren- und Shantychöre, Gospel-, Pop- und Jazzformationen, Chöre aus unterschiedlichen Kulturkreisen, Kantoreien, Kirchen- und Oratorienchöre. Es gibt musikalisch sehr ehrgeizige Chöre mit einer rigorosen Aufnahmeprüfung - und es gibt Singgemeinschaften, wo jeder singen darf, der einigermaßen bei Stimme ist.

Weltliches Singen ist in Berlin ebenso beliebt wie geistliche Chormusik. Sogenannte Kantoreien gibt es in fast allen christlichen Kirchengemeinden in der Stadt. Ihre wichtigsten Auftritte sind meist zur Passionszeit, wenn die berühmten Requiens erklingen. Oder zur Weihnachtszeit, wenn überall das Weihnachtsoratorium von Johann Sebastian Bach erklingt.



*Die Berliner Singakademie gehört zu den ältesten und traditionsreichsten Chören der Stadt. Am 27. Oktober um 20 Uhr ist sie wieder im Konzerthaus Berlin am Gendarmenmarkt zu hören - mit der Chorballade „Die Geisterbraut“ von Antonin Dvorak. Foto: Berliner Singakademie*

Warum singen so viele Berlinerinnen und Berliner so gerne? „Es ist die pure Freude an der Musik“, sagt Annette Tölle, die in einem Kirchenchor im Südwesten der Stadt singt. „Singen weitet Herz und Sinne, besonders in Gemeinschaft.“ Chorsingen ist die vielleicht beste Art, in der Fremde klar zu kommen: Als sie vor 25 Jahren neu nach Berlin kam, schloss sie sich der Kantorei an, gewann bald neue Freunde über das Singen in Gemeinschaft. Jede Woche ist Chorprobe. Die Belohnung für all die Mühe und das Probieren ist immer wieder der begeisterte Applaus der Zuhörer.

**Ulrich Schulte Döinghaus** □

➔ Wer selbst einmal mitmusizieren möchte, kann sich hier informieren: [chorverband-berlin.de](http://chorverband-berlin.de) oder [chorverband-ekbo.de](http://chorverband-ekbo.de) (Evangelische Kirche)

## Konzerte:

### Heute singen Chöre in Neuköllner Höfen

**Singen macht glücklich, Chormusik ist voll im Trend und der Bezirk Neukölln boomt und hat kulturell einiges zu bieten! Der Verein Kulturbewegt e.V. veranstaltet am Samstag, dem 17. September 2016, zwischen 15 und 18 Uhr, zum vierten Mal das Chorfestival „Chöre in Neuköllner Höfen“.**

Während auf der Karl-Marx-Straße der Verkehr rauscht, singen in den Höfen der Häuser 152, 181 und 199 kleine und große Chöre aus Neukölln und Kreuzberg. Es wird 18 Auftritte geben, die jeweils eine halbe Stunde dauern. Die Besucher können von Hof zu Hof gehen und zwischen Gärten und Garagen Musik von Renaissance bis Jazz, Weltmusik, Pop und Politsongs lauschen. Die Hausbewohner sorgen für Kaffee und Kuchen – eine gute Gelegenheit, die grünen Oasen hinter den rauen Fassaden der Karl-Marx-Straße kennen zu lernen. **PM** □

➔ Stets aktuelle Informationen gibt es auf <http://choereinhofen.wordpress.com>.

## KULTURTIPPS

**Berlinische Fragmente.** Anlässlich des 90. Geburtstages des Berliner Fotografen Rainer König wird am 22. September eine Ausstellung mit seinen Arbeiten im Willy-Brandt-Haus eröffnet. Seine Fotografien von Stadt und Land zeigen Fragmente und Monumente gleichermaßen. Parallel wird die Ausstellung Berlin Prenzlauer Berg – Fotografien 1969-1980 von Bernd Heyden eröffnet. **BS** □

➔ Ausstellung vom 23. September bis 6. November 2016, Dienstag bis Sonntag 12 bis 18 Uhr, Eintritt frei, Ausweis erforderlich, Ausstellungseröffnung 22. September, 18.45 Uhr